

ANFRAGE von Susanne Brunner (SVP, Zürich) und Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil)

Betreffend Gewerkschafts-Propaganda bei der Fachstelle für Gleichstellung

Die Fachstelle für Gleichstellung kommuniziert über ihre Aktivitäten und macht Hinweise auf Veranstaltungen u.a. mittels eines monatlichen Newsletters. Im Newsletter vom 5. Juni 2023 wirbt die Fachstelle für den Frauenstreiktag vom 14. Juni 2023. Dabei macht sie die Aussage, dass das Einkommen der Frauen im Schnitt 43.2% unter demjenigen der Männer liege, dies infolge verschiedener Gründe, «beispielsweise, weil diskriminierende Lohnunterschiede aufgrund des Geschlechts weiterhin vorhanden sind; weil Frauen in schlecht bezahlten Stellen über- und in gut bezahlten Stellen untervertreten sind und weil Frauen vor allem den grössten Teil der unbezahlten Arbeit übernehmen und deshalb auch weniger bezahlte Arbeit leisten können.» Damit übernimmt die Fachstelle die Argumentation des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), welcher den Frauenstreik federführend organisiert.

Der genannte Einkommensunterschied von 43.2 Prozent entstammt dem «Gender overall earnings gap», welcher das Bundesamt für Statistik (BfS) errechnet hat. Dieser berücksichtigt jedoch beispielsweise die verbreitete Teilzeitarbeit von Frauen im Vergleich zur verbreiteten Vollzeitarbeit von Männern nicht. Die Kennzahl hat darum beschränkte Aussagekraft. Ebenfalls gemäss Bundesstatistik beträgt die unerklärte Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern in der Privatwirtschaft rund 8 Prozent.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass diese Kommunikation für den Frauenstreiktag sachgerecht ist? Wenn ja, warum?
2. Wenn nein, wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Fachstelle künftig eine sachgerechte Kommunikation pflegt und auf Gewerkschaftspropaganda verzichtet?

Susanne Brunner
Christina Zurfluh Fraefel